

Haushaltsrede des Kämmerers im Rat am 27.01.2010

Sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Gäste im Saal,

In der viel zitierten Wirtschafts- und Finanzkrise warten wir täglich auf positive und hoffnungsvolle Zukunftsmeldungen und nehmen sie doch nur sehr skeptisch auf.

Dürfen wir den günstigen Prognosen mancher Wirtschaftsforschungsinstitute und Wirtschaftsverbände, den Wirtschaftsweisen oder dem Finanzplanungsrat Glauben schenken?

Sie alle sagen mehr oder weniger deutlich für 2010 eine anhaltende konjunkturelle Stabilisierung voraus. Die Belebung der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten werde auch darüber hinaus anhalten.

Es ist schwierig, zwischen Negativ- und Positivmeldungen eine eigene klare Linie zu finden und sie mit Überzeugung umzusetzen. Wir haben uns bemüht, unserem Haushaltsentwurf diese klare Linie zu geben, die ich Ihnen nun erläutern möchte.

Die Stadt Rhede hat nicht über ihre Verhältnisse gelebt. In fünf Jahren Haushaltssicherung von 2003 bis 2007 haben wir uns eine solide wirtschaftliche Basis erarbeitet. Politik und Verwaltung haben den Kurs auch nicht verlassen, als es mit der Konjunktur aufwärts ging.

Hier müssen wir weitermachen. „Null-Wachstum im konsumtiven Bereich“, also im Ergebnishaushalt. Das ist unser Grundsatz für die Haushaltsaufstellung 2010.

Und das, obwohl die Kosten steigen und ebenso die Ansprüche an unsere Leistungen, obwohl die gesetzlichen Pflichtaufgaben mehr Geld kosten und die Tarife bei den Personalaufwendungen voraussichtlich erhöht werden. Wir praktizieren so etwas wie freiwillige Haushaltssicherung.

Für den Finanzhaushalt lautet die Formel: Die Investitionssumme wird gegenüber dem maßvollen mittelfristigen Programm nicht gekürzt.

Die Investitionen sollen die Konjunktur im heimischen Raum beleben, nachhaltig und werthaltig sein und die Zukunftsfähigkeit der Stadt stärken. Hierfür wird vorübergehend eine höhere Kreditfinanzierung eingesetzt.

Was sind nun die Ursachen dafür, dass wir trotz Sparhaushalt und gemäßigter Investitionspolitik vor einem Fehlbedarf von 3.150.000 € und einem tiefen Griff in die Ausgleichsrücklage stehen.?

Zum einen sind es die Auswirkungen des neuen kommunalen Finanzsystems, sprich die früher nicht zu erwirtschaftende Belastung durch Abschreibungen und Rückstellungen. Sie allein machen eine Summe von 2,85 Millionen Euro aus, 640.000 € mehr als im ersten NKF-Jahr 2009.

Die Kommunen brauchen einfach längere Übergangsfristen, wenn sie diese neuen Belastungen meistern sollen, zumal in Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise.

Hinzu kommt, dass die allgemeinen Finanzierungsmittel um mehr als 1,7 Mio. € sinken, also der Saldo aus Steuermitteln und Schlüsselzuweisungen einerseits und den Transferaufwendungen für die Kreisumlage und die Gewerbesteuerumlage andererseits.

Das ist nicht nur Folge der Wirtschaftskrise, sondern ebenso Ausdruck der vorher schon desolaten Finanzausstattung der Gemeinden.

Schon in 2009 sind die Steuereinnahmen der Kommunen deutlich gesunken, und sie werden in 2010 noch weiter absinken, bevor ab 2011 wieder Zuwächse zu erwarten sind und die Wachstumsprognosen der Wirtschaftsverbände und Wirtschaftsforschungsinstitute greifen.

Richtschnur für die Planung der allgemeinen Finanzierungsmittel unseres Haushalts in Rhede waren wie immer die offizielle bundesweite Steuerschätzung aus November und die Orientierungsdaten des Innenministeriums NRW.

Diese Vorgaben berücksichtigen noch nicht die zu erwartenden Steuerausfälle nach dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz des Bundes und die weiteren Steuersenkungspläne der Bundesregierung. Bei der Haushaltsplanung haben wir hierfür kleine Risikoabschläge berücksichtigt.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, mit der Gewerbesteuer unsere größte Einnahmequelle, wird nach den Prognosen in 2010 gegenüber dem Haushaltsansatz 2009 um 800.000 € (= ca. 12,8%) auf 5.450.000 € sinken. Für die Jahre 2011 bis 2013 sehen die Orientierungsdaten dagegen Steigerungsraten von 6,5%, 7,0% und 5,5% vor.

Die Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich des Landes NRW betragen für 2010 voraussichtlich 2.840.000 €. Das sind sogar 10.000 € mehr als im Vorjahr. Diese Summe ist eine der wenigen verlässlichen Größen. Sie basiert nämlich auf dem schon verabschiedeten Gemeindefinanzierungsgesetz.

Die zu verteilende Steuerverbundmasse 2010 in NRW ist um 375 Millionen Euro (= - 4,7%) gegenüber 2009 gesunken. Wenn die Stadt Rhede dennoch ungekürzte Schlüsselzuweisungen auf dem Niveau von 2009 erhält, so spiegelt sich hierin, dass unsere Finanzkraft in der Referenzperiode offensichtlich geringfügig unter dem Landesdurchschnitt lag.

Da die Verbundmasse im Finanzausgleich NRW sehr ertragsteuerabhängig ist, wird sie zeitversetzt in 2011 nach den Prognosen zunächst um ca. 6,4 % sinken, dann in 2012 und 2013 um 2,8 % und 4,9 % steigen.

Und nun, meine Damen und Herren,

zur wichtigsten und sensibelsten Einnahmequelle der Kommunen, zur Gewerbesteuer.

Das Gewerbesteueraufkommen der Städte und Gemeinden in NRW ist 2009 im Vergleich zu 2008 um rd. 20 % gesunken. Der Haushalt 2009 in Rhede sah eine deutlich reduzierte Einnahmeerwartung von 7,3 Millionen Euro = -10% vor, während das Aufkommen 2008 bei guter Wirtschaftskonjunktur noch bei knapp 8,2 Millionen Euro lag.

Das endgültige Ergebnis 2009 wird zum Quartalsabschluss 31.03.2010 ermittelt. Wie im letzten Controllingbericht im Oktober angekündigt, wird es unter 7 Millionen Euro liegen.

Die Orientierungsdaten prognostizieren für 2010 landesweit ein Minus bei der Gewerbesteuer von nur noch 1,0 % sowie für 2011 bis 2013 Steigerungsraten von 5 %, 8% und 9%.

In den einzelnen Städten und Gemeinden kann es jedoch erhebliche und nicht kalkulierbare Abweichungen vom Landesdurchschnitt geben. Insofern ist eine individuelle ortsbezogene Schätzung von großer Bedeutung.

Herr Bürgermeister Mittag hat es beschrieben: Aufgrund der Investitionsvorhaben im Gewerbegebiet dürfen wir mittelfristig auf ein Wachsen der Wirtschaftskraft in Rhede mit positiver Auswirkung auf das Gewerbesteueraufkommen hoffen.

Erfreulich ist auch die vielfältige Struktur unterschiedlicher Branchen und Größenordnungen, die das Risiko großer Steuerausfälle mindern.

Dennoch ist eine äußerst vorsichtige Schätzung des Gewerbesteueraufkommens angesagt, da die Folgen des Krisenjahres 2009 sich zeitverzögert bei den Steuerveranlagungen auswirken werden. Insofern sieht der Haushaltsansatz einen Risikoabschlag vor und wird nur noch mit 6.600.000 € angesetzt.

Die Gewerbesteuer wird im Übrigen deutlich geschmälert durch die Gewerbesteuerumlage von 1.150.000 Mio. €, die wir an die Staatskasse abführen, gut die Hälfte davon in die Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit.

Die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuern A und B, die sogenannten Realsteuerhebesätze, entsprechen den vom Land NRW festgesetzten fiktiven Hebesätzen. Für 2010 werden trotz der defizitären Haushaltslage keine Änderungen in Betracht gezogen. Höhere Steuerbelastungen wirken dämpfend auf die Konjunktur. Das würde den Konjunkturprogrammen zuwiderlaufen.

Allerdings bleibt die Entwicklung der Haushaltslage abzuwarten. Zeigt sich in den Folgejahren ein anhaltender Negativtrend, wäre die Frage der Steuererhöhung bei künftigen Haushaltsplanungen für die Grundsteuer B konkret zu stellen.

Nun zum Thema Kreisumlage: Es tritt das ein, was ich im Vorjahr prognostiziert habe: sinkende Finanzkraft bei den Städten und Gemeinden, aber eine höhere Kreisumlage: +0,9 Prozentpunkte und +1,8 Prozentpunkte bei der Jugendamtsumlage.

Rhede wird mit rund 300.000 € mehr zur Kasse gebeten und zahlt künftig 9,7 Mio. €, die bei weitem größte Ausgabe im Haushalt.

Meine Damen und Herren,

mit unserer 100%igen Tochtergesellschaft, der Stadtwerke Rhede GmbH, gab es eine Zielvereinbarung über die Gewinnausschüttung. 280.000 € brutto sollten jährlich in die Stadtkasse fließen.

Bei einem Stammkapital von 10 Mio. €, was die Mutter Stadt eingebracht hat, ist das eine bewusst moderate Verzinsung, auch wenn die Bäder als defizitäre Einrichtungen in die Betrachtung einbezogen werden müssen.

Der städtische Energieversorger ist seit 2008 nicht in der Lage, die übliche Gewinnausschüttung an den städtischen Haushalt zu erwirtschaften. Beim Rechnungsabschluss 2008 musste eine Rückstellung von 1,3 Millionen Euro für die sogenannte Mehrerlösabschöpfung gebildet werden. Gemeint sind Mehrerlöse für das Betreiben der Netze oberhalb einer Erlösobergrenze. Viele Stadtwerke sind von dieser unverständlichen Regulierung betroffen.

Durch den Verlustvortrag aufgrund des negativen Jahresergebnisses 2008 wird auch das Jahr 2009 im Minus abschließen. Für 2010 stellen die Stadtwerke GmbH in Aussicht, eine Vorabauschüttung von brutto 100.000 € (das sind netto 85.000 €) auf das Jahresergebnis 2010 zu leisten, da Anzeichen für eine positive Entwicklung und schrittweise Auflösung der Rückstellung für Mehrerlösabschöpfung gegeben sind.

Damit muss der Haushalt der Stadt insgesamt eine Ausschüttungssumme von netto 623.000 € abschreiben. In der größten Finanzkrise bricht also auch diese bisher stabile Säule des städtischen Haushalts weg.

Weitere Ausfälle wären nur schwer zu verkraften, zumal neben der Gewinnausschüttung auch die Konzessionsabgabe und zudem noch Gewerbesteuer der Stadtwerke GmbH rückläufig sind und die an die Stadtwerke zu zahlenden Entgelte für die Straßenbeleuchtung im städtischen Haushalt steigen.

Ich ziehe nun einen Schlussstrich unter die allgemeinen Finanzierungsmittel. Darunter steht im Saldo zwischen Erträgen und Aufwendungen ein Minderaufkommen im Vergleich zu 2009 von 1.765.000 €. In dieser Höhe sinkt also die allgemeine Finanzausstattung der Stadt Rhede.

Nach diesem Dämpfer nun der Blick nach vorn: Nach den Prognosen der Steuerschätzer und den Orientierungsdaten des Innenministers darf für die Jahre 2011 bis 2013 schrittweise mit Verbesserungen gerechnet werden, wie soeben im einzelnen beschrieben.

Konkret zusammengefasst heißt das:
2011 + 800.000 €, 2012 + 1,7 Mio. € und 2013 +2,9 Mio. €. Doch dies ist ein langer ungewisser Weg.

Pessimismus hilft uns nicht weiter. Blauäugigkeit aber schon gar nicht. Wir müssen das Heft in der Hand behalten, aktive Wirtschaftsförderung betreiben und dürfen den Weg der Konsolidierung nicht verlassen.

Meine Damen und Herren,

ich habe von „Null-Wachstum im konsumtiven Bereich“ gesprochen. Das ist besonders schwierig umzusetzen, weil wir seit Jahren Haushaltssicherungsniveau im Leistungsbudget haben.

Und es gibt wie jedes Jahr eine Liste der unvermeidbaren Budgetmehrbelastungen. Sie beläuft sich in der Summe auf rund 450.000 €. Diesen Betrag gilt es an anderer Stelle durch Budgetentlastungen zu kompensieren.

Ich will einige Beispiele für unabweisbaren Mehraufwand oder zwangsläufige Mindereinnahmen nennen:

- Schulsozialarbeit + 24.000 €
- Schülerbeförderung aufgrund der Auflösung der Grundschulbezirke: +21.000 €
- Aufsuchende Jugendarbeit: + 13.000 €
- Mindereinnahmen bei der Schulpauschale des Landes:
 - 18.000 €
- Mehraufwand für Kosten der Unterkunft nach ALG II:
 - + 70.000 €
- höhere Entgeltberechnung der Stadtwerke für die Straßenbeleuchtung: + 20.000 €
- Mehraufwand für Prüfung und Wartung technischer Anlagen : + 60.000 €
- Mehraufwand für die Prüfung von Jahresabschluss und Aufstellung einer Konzernbilanz: +35.000 €.
- Personalaufwand für eine 2%ige Tarifierhöhung: + 80.000 €

Diese geschätzte Tarifierhöhung für die Vergütungen im öffentlichen Dienst gleichen wir im Personalkostenbudget selbst aus. Darin zeigt sich, dass die gezielten Einsparmaßnahmen durch zeitweilige Vakanzen, kostengünstige Nachfolgelösungen durch Nachwuchskräfte oder Aushilfsbeschäftigungen greifen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Stellenausstattung in der Haushaltssicherung bereits auf ein Minimalniveau reduziert wurde.

Gespart wird nach wie vor beim operativen Verwaltungsgeschäft. Die laufenden Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Verwaltung und für die städtischen Einrichtungen bleiben in der Summe konstant. Die Wirtschaftlichkeit des Mitteleinsatzes wird durch Rationalisierung und die Verbesserung der Betriebs- und Geschäftsabläufe gewährleistet.

Um 60.000 € können die Bewirtschaftungskosten, insbesondere die Energiekosten, in den städtischen Gebäude gesenkt werden. Äußere Einflüsse werden durch Nutzerverhalten, Energiesparmaßnahmen und andere technische Verbesserungen ausgeglichen.

Dazu tragen auch die energetischen Sanierungsmaßnahmen am Schulzentrum bei, die aus dem Konjunkturprogramm des Bundes finanziert werden. Von den Zuweisungen über insgesamt 1.663.000 € wurden in 2009 bereits 532.000 € verbaut. Die restlichen Mittel von 1.131.000 € wurden im Ertrag und Aufwand 2010 in gleicher Höhe neu veranschlagt.

Weitere Budgetreduzierungen, die unter die Null-Linie gehen, wären nur durch Kürzung von Leistungen für die Bürger und die gemeinnützigen Vereine oder durch die Verteuerung von Leistungen bzw. das weitere Absenken von Qualitätsstandards erreichbar.

Sollte sich die Finanzlage wider Erwarten in 2010 bzw. in den Folgejahren noch weiter verschlechtern, müssen wir uns fragen, ob auch solche Schritte auf den Prüfstand gestellt werden, um ein weiteres Abgleiten ins Defizit zu vermeiden.

Meine Damen und Herren,

aus den Haushaltsüberschüssen 2007 und 2008 konnten wir ein Liquiditätspolster von 4,3 Millionen Euro ansammeln. Es reicht jedoch nicht für die Finanzierung von Investitionen ab 2010.

Der Saldo aus Investitionstätigkeit muss voll aus Kreditmitteln finanziert werden, und zwar in Höhe von 2,4 Millionen Euro. Das heißt, dass 2010 eine Neuverschuldung von 1,8 Millionen Euro eintritt.

Nach sieben Jahren Schuldenabbau im städtischen Haushalt muss nun angesichts der Wirtschaftskrise der eiserne Grundsatz „keine Nettoneuverschuldung“ aufgegeben werden. Ich hatte es in der letzten Haushaltsrede bereits als schmerzlichen Schritt angekündigt.

Eine Nettoneuverschuldung für investive Maßnahmen ist auch für die Folgejahre 2011 bis 2013 mit weiteren 2,5 Millionen Euro € eingeplant.

Der Verzicht auf Investitionen kann in der derzeitigen Wirtschaftslage keine vernünftige Alternative sein. Der Bürgermeister hat die Bedeutung der investiven Maßnahmen unter dem Blickwinkel der Zukunftsfähigkeit und der Konjunkturbelebung herausgestellt.

Bei Verschärfung der defizitären Lage muss jedoch für die Folgejahre eine Reduzierung oder der weitere Einsatz von Vermögen in Betracht gezogen werden.

Entgegen der bisherigen Zielsetzung führt der städtische Haushalt in 2010 und in den Folgejahren allerdings vorübergehend keinen pauschalen Investitionszuschuss an den KFR-Wirtschaftsplan für die Gewerbeflächenentwicklung und für den Bereich Innenstadtentwicklung ab.

Die Finanzlage der Stadt lässt derzeit eine solche Mitfinanzierung nicht zu. Es wäre finanzwirtschaftlich nicht zu vertreten, dass die Stadt hierfür Kreditmittel in Anspruch nimmt. KFR selbst muss die Finanzierungslücken kreditieren.

Ein Blick noch auf die Kassenlage: In 2011 und 2012 müssen Kredite zur Liquiditätssicherung in Höhe von 1,6 Millionen Euro aufgenommen werden, um die konsumtiven Ausgaben zu finanzieren. Damit befinden wir auf dem Niveau der Haushaltssicherung. Es bleibt die Hoffnung, dass die anvisierte Tilgung in 2013 möglich sein wird.

Meine Damen und Herren,

Herr Bürgermeister Mittag hat angekündigt, dass der Ergebnishaushalt 2010 nur durch eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in Höhe von 3.150.000 € ausgeglichen werden kann.

Damit werden keine Geldmittel verfügbar gemacht. Die Ausgleichsrücklage ist vielmehr nur ein Buchwert, der einen Teil des Eigenkapitals abbildet. Der Haushalt gilt zwar als ausgeglichen. Er hat jedoch strukturelle Probleme, die mittelfristig nicht gelöst werden können.

In der vom Rat der Stadt am 16.12.09 festgestellten Eröffnungsbilanz wird die Ausgleichsrücklage auf 7.131.000 € festgeschrieben. Sie beträgt ein Drittel des Mittelwerts der Steuereinnahmen und allgemeinen Zuweisungen in den Jahren 2006 bis 2008.

Die Ausgleichsrücklage von 7,13 Millionen Euro und die Allgemeine Rücklage von 48,9 Millionen Euro bilden das bilanzielle Eigenkapital der Stadt, das also insgesamt 56.000 Millionen Euro beträgt.

Nach der mittelfristigen Ergebnisplanung ist damit zu rechnen, dass die Ausgleichsrücklage Ende 2011 aufgezehrt ist. Bis Ende 2013 müssen der Allgemeinen Rücklage weitere 2,3 Millionen Euro entnommen werden.

Wie ist dieser Eigenkapitalverzehr finanzwirtschaftlich einzuschätzen? Die Eigenkapitalquote I der Eröffnungsbilanz liegt bei respektablen 39 %, die Eigenkapitalquote II bei 79,3 %. Bei der Eigenkapitalquote II werden die Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen dem wirtschaftlichen Eigenkapital zugeordnet, da es sich hierbei um Beträge handelt, die nicht zurückzuzahlen und nicht zu verzinsen sind.

Daraus ist folgendes abzulesen: Das Vermögen der Stadt war zum 1.1.2009 zu knapp 80% durch Eigenkapital finanziert. Das Fremdkapital hat eine weit untergeordnete Bedeutung. Die Vermögenslage konnte zum Bilanzstichtag als durchaus zufriedenstellend bezeichnet werden – auch ein Zeichen für die solide Haushaltswirtschaft von Rat und Verwaltung über lange Jahre.

Die Gemeindeordnung gesteht den Kommunen zu, nach Aufzehren der Ausgleichsrücklage das Polster der Allgemeinen Rücklage zu 10% für den Haushaltsausgleich einzusetzen, bevor die Haushaltssicherung eintritt. Nach der Prognose verbleiben ab 2014 noch gut 5% oder 2,5 Millionen Euro bis zum Überschreiten dieses Grenzwertes.

Meine Damen und Herren,

vergleichbare Haushaltsreden mussten manche Kämmerer in diesen Wochen halten, auch in bisher sehr gut situierten Städten und Gemeinden des Kreises Borken.

Wir sind in einer ähnlich schwierigen Situation wie viele andere öffentliche und private Haushalte und Wirtschaftsunternehmen. Die Räder müssen ineinandergreifen, wenn die Krise überwunden werden soll. Ich denke, unser städtischer Haushalt leistet dazu einen angemessenen Beitrag.

Ich versichere dem Rat der Stadt, dass wir bei der Haushaltsberatung offen sind für die politischen Sichtweisen, damit es ein gemeinsam getragener Haushalt zum Wohle der Stadt wird.

Ich danke Ihnen für das lange Zuhören.